

Argumente

der Trägerin des Gesetzentwurfs

(Bürgerinitiative Berliner Wassertisch)

Stimmen Sie am 13. Februar 2011 mit JA!

Stimmen Sie für ein Gesetz zur VOLLSTÄNDIGEN
Offenlegung der Geheimverträge!

Schaffen Sie Klarheit,

- warum unser Wasser seit 1999 um 35% teurer wurde,
- warum hohe Gewinne mit unserem wichtigsten Lebensmittel erzielt werden,
- warum Gewinne wichtiger sind als Investitionen in gutes und gesundes Trinkwasser.

**Beteiligen Sie sich an der Abstimmung,
denn mindestens 612.000 JA-Stimmen sind
erforderlich!**

JA zur Transparenz der Wasserverträge!

JA zu niedrigen Wasserpreisen!

JA zu bestem Trinkwasser!

Liebe Berlinerinnen und Berliner,

wir bitten Sie: Unterstützen Sie unsere Forderung zur vollständigen Offenlegung **aller** Geheimverträge bei der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe.

Viele Politiker behaupten, diese Forderung sei bereits erfüllt. Daher sei der Volksentscheid überflüssig. Diese Meinung wird auch durch die Medien verbreitet.

Lassen Sie sich nicht täuschen!

Vom Berliner Senat wurde schon viel behauptet, als es um die Privatisierung der Wasserbetriebe ging:

- Die Abgeordneten wurden belogen, indem man vorgab, mit der Privatisierung würden die Wasserbetriebe ein weltweit bedeutendes Unternehmen, viele Arbeitsplätze in Berlin würden geschaffen und die Wasserpreise würden langfristig sinken.

Die Wahrheit ist: Personalabbau und drastisch höhere Preise für uns alle! Sowohl im deutschen wie im internationalen Städtevergleich zahlen wir mit die höchsten Wasserpreise.

- Dann wurde behauptet, die Verträge müssten geheim bleiben. Wenn sie veröffentlicht würden, kämen hohe Schadensersatzforderungen auf das Land Berlin zu.

Die Wahrheit ist: Nachdem über 280.000 Berliner/innen das Volksbegehren unterstützt hatten, wurden plötzlich die Verträge – angeblich alle – veröffentlicht! Eine Schadensersatzklage gab es nicht!

- Die Politik sagt jetzt, dass sie angeblich ein besseres Gesetz habe: das Informationsfreiheitsgesetz (IFG).

Die Wahrheit ist: Wenn nach dem Informationsfreiheitsgesetz – aus welchen Gründen auch immer – Verträge NICHT veröffentlicht werden, dann hat das keinerlei rechtliche Folgen. Die Verträge gelten weiter, die Gewinne sprudeln weiter und auch die Wasserpreise steigen weiter.

Unser Gesetzesvorschlag enthält zwei wichtige Punkte:

1. Alle Verträge, aber auch alle Beschlüsse und Nebenabreden, die im Zusammenhang mit der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe stehen, müssen vorbehaltlos offen gelegt werden.
2. Verträge, Beschlüsse und Nebenabreden, die NICHT offen gelegt wurden, sind unwirksam! (§ 4, Unwirksamkeitsklausel)

**Das Ziel des Volksbegehrens
ist klar und einfach:**

Wir lehnen Geheimhaltung ab und fordern die vollständige Offenlegung der Wasserverträge durch unser Gesetz. Durch die Geheimhaltung sind wir der Willkür der Politik ausgeliefert und können uns nicht wehren.

Mit Ihrer Zustimmung schaffen Sie auch die Voraussetzung für eine kostengünstige Rekommunalisierung und ein Sinken der Wasserpreise.

**Wir glauben nicht den Beteuerungen
der Politik, dass wirklich ALLES
veröffentlicht wurde.**

Wenn jetzt angeblich alle Verträge, Beschlüsse und Nebenabreden durch die Politik veröffentlicht sind, wie einige Politiker behaupten, dann würde die Unwirksamkeitsklausel (§ 4) doch gar nicht zur Anwendung kommen müssen! Der Senat und das Abgeordnetenhaus hätten folglich gar nichts zu befürchten. Sie könnten unser Gesetz übernehmen. Doch genau das wollen sie nicht!

**Warum kämpft die Politik so hartnäckig
dagegen? Haben sie etwas zu verbergen?**

Lobbyisten und ihre Helfer in der Politik werden Ihnen langatmig erläutern, dass unser Gesetz wegen der Unwirksamkeitsklausel (§ 4) juristisch nicht haltbar sei.

**Liebe Berlinerinnen und Berliner,
lassen Sie sich nicht beirren:**

Der Senat ist vor dem Berliner Verfassungsgericht gescheitert, als er 2008 versuchte, unser Volksbegehren zu verhindern und den Bürgerwillen nach Transparenz als unrechtmäßig darzustellen. In dieser Hinsicht ist der Senat ein schlechter Ratgeber.

Die Argumente dieser Politiker/innen sind auch nicht besonders glaubwürdig. 1999 hatten sie das Gesetz zur Teilprivatisierung verabschiedet. Wie das Berliner Verfassungsgericht feststellte, war es in Teilen verfassungswidrig. Trotzdem hatten sie 2003 keine Bedenken, bei der Änderung dieses Gesetzes das Urteil des Verfassungsgerichts zu umgehen.

Nur, wenn es um die Rechte der Bürger/innen auf lückenlose Information geht, werden diese Politiker/innen spitzfindig gegenüber Teilen unseres Gesetzes - mit dem Ziel, unser Gesetz als Ganzes zu verhindern.

Wir haben es satt!

**Wir wollen die volle Wahrheit wissen –
wie jedes Gericht!**

Alles soll richtig und vollständig sein.

**Es soll nichts hinzugefügt, aber auch nichts
weggelassen werden.**

Die Politik reagierte bisher immer nur auf Druck unseres Volksbegehrens. Darum ist unser Gesetz so wichtig. Darum bitten wir Sie nicht nur um Ihre Stimme, sondern auch um Ihre Unterstützung!

Informieren Sie Ihre Kolleg/innen, Nachbarn, Freunde und Verwandte und helfen Sie dadurch mit, mindestens 612.000 Stimmen zu erreichen.

IHRE STIMME IST WICHTIG!

**Gehen Sie am 13. Februar 2011 ins Wahllokal
oder nutzen Sie die Briefwahl.**

**Die Briefwahl können Sie ab sofort in Ihrem
Bezirkswahlamt oder von zu Hause aus
erledigen.**

Sagen Sie „JA“ zu unserem Gesetz.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Geschichtlicher Hintergrund

1999 verkaufte der damalige CDU/SPD-Senat die Berliner Wasserbetriebe zu 49,9 % an den privaten Stromriesen RWE und den privaten französischen Wasserkonzern Vivendi, heute Veolia. Die Kaufsumme: 1,68 Mrd. €. Aus öffentlichen Schulden wurden so private Schulden. Denn um den Einstieg in das Berliner Wassergeschäft zu finanzieren, haben die Konzerne bei den Banken Geld geliehen und Schulden gemacht. Die Zinsen dafür und die Profite für die Privaten zahlen wir mit dem Wasserpreis. Genau das ist der Grund dafür, dass die Bürger/innen dieser Stadt im internationalen Städtevergleich mit die höchsten Wasserpreise zahlen müssen.

Steigende Preise – sinkende Investitionen

Die Wasserkosten für die privaten Verbraucher in Berlin sind von 2001 bis 2010 um ca. 35% gestiegen! Und das, obwohl massiv Arbeitsplätze abgebaut und Wasserwerke geschlossen wurden. Zudem wurden ca. 30 km² ökologisch wertvolles Wasserschutzgebiet geopfert. Investitionen unterblieben zugunsten der Gewinnmaximierung. Folgen fehlender Investitionen und Wartung sind marode Rohre und Rohrbrüche, die unsere Trinkwasserqualität gefährden. UNSER WASSER ist lebenswichtig für alle und ein Kernbereich der Daseinsvorsorge, der nicht dem Gewinnstreben unterworfen sein darf.

Geheimverträge als Gelddruckmaschine

Durch die Teilprivatisierung wurde UNSER WASSER teurer und die Gewinne stiegen bis heute. Obwohl der Senat 50,1% und die Privaten 49,9% der Anteile halten, wurde der Gewinn in den letzten 10 Jahren zum Nachteil des Landes aufgeteilt: Insgesamt 1,3 Mrd. € für die Konzerne RWE und Veolia stehen lediglich 696 Millionen € für das Land Berlin gegenüber. Das bedeutet, RWE und

Veolia erhalten den ihnen vom Senat vertraglich zugesicherten Profit immer! Und das unabhängig davon, wie die Wasserbetriebe wirtschaften.

Ungleiche Gewinnaufteilung

Der Profit für RWE und Veolia wird dadurch erbracht, dass die Wassergebühren erhöht wurden und zusätzlich das Land auf Teile seines Gewinnanteils zu Gunsten der Privaten verzichtete. Deshalb erhielt das Land Berlin nur ca. 35 Prozent des Gewinns statt der ihm zustehenden Hälfte. Wie genau die ungleiche Gewinnaufteilung berechnet wird, ist weiterhin geheim.

Der Senat sagt: Alles geht mit rechten Dingen zu.

Wir fragen: Weshalb ruft dann derselbe Senat erst unter dem Druck unseres Volksbegehrens das Bundeskartellamt an? Das Kartellamt soll jetzt dafür sorgen, die Wasserpreise zu senken, die der Senat selbst genehmigt hat. Wird sich dadurch die dubiose Gewinnverteilung ändern?

Appell

Wir müssen mit unserem Volksentscheid endlich Klarheit schaffen! Weder die Bekundungen noch die scheinweisen Veröffentlichungen ändern etwas an der jetzigen Situation.

Deshalb fordern wir das „Gesetz für die vollständige Offenlegung von Geheimverträgen zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe“.

Stimmen Sie mit „JA“

Weitere Informationen:

Berliner Wassertisch

c/o GRÜNE LIGA Berlin e.V.

Prenzlauer Allee 8

10405 Berlin

Tel.: 030 / 44 33 91 44 (Anrufbeantworter)

www.berliner-wassertisch.net